

11/91

Generalsekretär Volker Rühle:

Alle Voraussetzungen für den Wiederaufbau in den neuen Ländern gegeben

Die Umstellung von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft fordert den Menschen im Osten Deutschlands ein hohes Maß an Bereitschaft zur Veränderung und gegenwärtig vor allem zur Geduld ab. Die Folgen von vierzig Jahren kommunistischer Mißwirtschaft können nicht in wenigen Monaten aufgearbeitet und beseitigt werden.

Entscheidend ist, daß jetzt alle notwendigen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der neuen Länder gegeben sind. Mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost hat die Bundesregie-

Generalsekretär Volker Rühle zur aktuellen Lage in den neuen Bundesländern

ein Programm gestartet, das in der Geschichte Deutschlands einmalig ist. Allein zwischen Mitte 1990 und Ende 1991 werden für die neuen Länder Mittel in Höhe von über 100 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Das entspricht einem Viertel des gesamten Bundeshaushaltes.

Insbesondere die Investitionspauschale in Höhe von 300,- DM pro Einwohner setzt die Gemeinden in

(Fortsetzung Seite 3)

Ratgeber für die neuen Länder

Zum Thema „Arbeit“ erscheint heute als Dokumentation im grünen Teil der erste Beitrag einer Reihe, die vor allem zur Information für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern gedacht ist.

Nehmen Sie deshalb Exemplare in ausreichender Menge mit, wenn Sie in den nächsten Wochen „überfahren“, z. B. zu einem Besuch in Ihre Partnerstadt.

Die Ratgeber-Serie ist in unserem Versandzentrum in 4804 Vermold, Postfach 1328, zu beziehen — die „Tips zum Thema Arbeit“ unter der Bestell-Nr. 5408 bei einer Mindestabnahme von 50 Exemplaren für 9,- DM pro Verpackungseinheit zzgl. MwSt.

10 Milliarden für Ostdeutschland

Für die gewerbliche Wirtschaft in den neuen Bundesländern stellt die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt ein weiteres Kreditprogramm bereit. Das Programm hat ein Kreditvolumen von 10 Milliarden DM und wird vom Bund nicht subventioniert. Die Bank vergibt die Kredite aus Eigenmitteln. Der Zinssatz beträgt 7,5 Prozent bei 96 Prozent Auszahlung. Antragsberechtigt sind alle Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 500 Millionen DM im Jahr.

600 Millionen Mark für mecklenburgische Gemeinden

Bereits vor Ostern erhielten die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns 600 Millionen Mark aus der Investitionspauschale für die neuen Bundesländer. Dies teilte Ministerpräsident Alfred Gomolka vor den Abgeordneten des Schweriner Landtags mit. Die zweckgebundenen Finanzmittel sollen in erster Linie für die Instandsetzung von sozialen Einrichtungen wie Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern eingesetzt werden. Weitere rund 1,6 Milliarden Mark erwartet das nördlichste neue Bundesland aus dem Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“. Damit, so Gomolka, sei das „Loch im Haushalt“ um rund sechs Prozent auf 2,2 Milliarden Mark geschrumpft.

Nachrichten aus den neuen Ländern

Neuer Großschlachthof in Vorpommern

Mit einem Kostenaufwand von 60 Millionen Mark soll in Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) ein neuer Großschlachthof entstehen. An dem Projekt Pommernland-Fleischwaren sind 70 landwirtschaftliche Genossenschaften und deren Nachfolgebetriebe beteiligt, sagte der Koordinator des Vorhabens, Jürgen Nelles. Das Schlachtvolumen betrage jährlich 500.000 Schweine und 60.000 Rinder. Der Bau beginne sei für Sommer geplant. Die EG, die die Hälfte der Investitionen tragen soll, habe großes Interesse für das Vorhaben bekundet.

VAW-Tochter erwirbt sächsisches Unternehmen

Die VAW Aluform Systemtechnik, eine Tochter der VAW (Vereinigte Aluminium-Werke AG) Bonn, hat die Bernsdorfer Bauelemente GmbH (BBG Sachsen) erworben, die mit rund 200 Mitarbeitern Aluminiumelemente für Fenster und Türen produziert. Für 1991 strebt die BBG einen Umsatz von rund 30 Millionen DM an, sagte VAW-Geschäftsführer Andreas Hiltermann. Mit

Investitionen bis zu zehn Millionen DM und der Weiterbildung der Mitarbeiter werde der Bernsdorfer Betrieb langfristig gesichert.

3000 Arbeitsplätze in Schönefeld

Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau geht davon aus, daß sein Unternehmen bis 1995 auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld kräftig investieren und „3.000 Arbeitsplätze oder mehr“ schaffen wird, davon allein bis zu 2.000 im technischen Bereich. Wenn die verantwortlichen Politiker mitziehen, könnte Berlin mit seinen drei Flughäfen bald „als Verkehrsknotenpunkt ausgebaut werden“. Die von Ruhnau eingeweihte erste neue Lufthansa-Werft in Schönefeld ist mit modernster Technik ausgestattet und bietet 420 ehemaligen Mitarbeitern der Interflug, die sich in Liquidation befindet, einen Arbeitsplatz.

Flughäfen Dresden und Leipzig wachsen

Der Freistaat Sachsen will seine Flughäfen in Dresden und Leipzig zügig ausbauen. Wirtschaftsminister Kajo Schommer sagte, die Zahl der Fluggäste in Dresden werde voraussichtlich von 200.000 im Jahre 1990 bis 1995 auf knapp 1,5 Mill. ansteigen, in Leipzig von 300.000 auf über 2,4 Mill. Passagiere. Unter Federführung von Sachsen würden jetzt Flughafengesellschaften gegründet, an denen die Bundesrepublik, die angrenzenden Landkreise und Kommunen beteiligt werden sollten.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Detlev Rohwedder hat sich um unser vereintes Vaterland verdient gemacht

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte zur Ermordung des Vorstandsvorsitzenden der Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder:

Die Nachricht vom Mord an Detlev Rohwedder hat mich tief erschüttert. Meine ganze Anteilnahme und mein Mitgefühl gelten seiner Frau, der ich baldige Genesung wünsche, und seinen beiden Kindern.

Mit Detlev Rohwedder verliert Deutschland einen der großen Repräsentanten seiner Wirtschaft und eine herausragende Persönlichkeit unseres öffentlichen Lebens. Als Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft von 1969 bis 1978 — unter anderem waren ihm dort die Wirtschaftsverhandlungen mit der damaligen DDR anvertraut — erwarb er sich hohes Ansehen über Parteigrenzen hinweg.

Nach seinem Wechsel in die Wirtschaft hatte Detlev Rohwedder nie nur die Interessen der von ihm geführten Unternehmen im Blick, sondern stets auch das Wohl des Ganzen.

Durch die Wiedervereinigung Deutschlands fühlte er sich als Patriot auch persönlich in die Pflicht genommen. Er stellte sich in schwierigster Zeit für die Treuhandanstalt zur Verfügung — zunächst als deren Verwaltungsratsvorsitzender und kurze Zeit später als deren Präsident. Ich selbst verdanke ihm wertvollen Rat.

Mit unermüdlicher Tatkraft und herausragendem Sachverstand, mit großer Autorität und im Bewußtsein seiner hohen Verantwortung für die Menschen hat er sich um den wirtschaftlichen Neuaufbau in den neuen Bundesländern verdient gemacht. Erfolge seiner engagierten Arbeit zeigen sich bereits. Um so schmerzlicher empfinden wir den Verlust, der uns alle mit seiner Ermordung getroffen hat.

Wir werden das von ihm begonnene Werk unbeirrt fortsetzen, damit sich in den kommenden Jahren die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern nachhaltig verbessern und nach der staatlichen auch die innere Einheit Deutschlands vollendet wird.

Detlev Rohwedder hat sich um unser vereintes Vaterland verdient gemacht.

(Fortsetzung von Seite 1)

die Lage, rasch Aufträge an die Betriebe vor Ort vergeben zu können. Eine Stadt wie Leipzig zum Beispiel kann umgehend für 163 Millionen Mark Schulen, Altersheime und Krankenhäuser renovieren lassen. Die beschlossenen Fördermittel werden

nicht über Nacht Wunder bewirken. Jede Investition — gleich, ob öffentlich oder privat — bedarf der Planung und Vorbereitung. Der tiefgreifende Substanzverlust der ostdeutschen Wirtschaft machte es unmöglich, wegfallende Arbeitsplätze umgehend durch neue zu ersetzen; eine vorübergehende Zunahme der Arbeitslo-

(Fortsetzung von Seite 3)

sigkeit ist unvermeidbar. Aber neben den Sicherheiten, die unser Sozialstaat im Fall von Arbeitslosigkeit bietet, haben die Menschen im Osten Deutschlands auch eine konkrete Perspektive: Sie sind mit ihren derzeitigen Problemen nicht allein gelassen.

Kein früherer kommunistischer Staat Osteuropas, der sich jetzt auf freiheitliche Wirtschaftsformen umstellt, verfügt über so enorme Ressourcen für die wirtschaftliche Umgestaltung wie die neuen Bundesländer in Deutschland.

Der Aufbau im Osten Deutschlands kann nicht allein mit Geld bewirkt werden. Die dort lebenden Menschen brauchen vor allem eine Perspektive der Hoffnung und der Zuversicht. Es wäre in hohem Maße verantwortungslos, wenn man ihnen diese Perspektive aus durchsichtigen politischen Gründen durch Schwarzmalerei und Panik-Parolen verdunkeln würde.

Die SPD hatte sich fundamental getäuscht, als sie die Teilung Deutschlands als endgültig ansah. Sie täuscht sich auch jetzt, wenn sie die gegenwärtigen Übergangsschwierigkeiten in den neuen Ländern demagogisch dramatisiert und als unüberwindbar hinstellt.

Zitat

Bangemachen gilt nicht

„Der Kanzler hat die Lage, wie sie jetzt ist, nicht verschuldet. Die Lage war früher viel schlimmer als heute, denn jetzt gibt es eine Zukunft. Wer das nicht sehen will, ist nicht nur auf einem Auge blind. Die Bonner lassen uns bei diesem Umbau nicht im Stich, mögen das andere auch anders sehen. Das soziale Netz ist fest gespannt; Geld ist jetzt da, um Notlagen zu überbrücken. Arbeit wird es wirklich schon bald wieder reichlich geben. Die Planungsphasen für neue Investitionen laufen überall an. Wir kriegen unsere Verwaltung in den Griff. Bangemachen gilt nicht. In drei Jahren sind wir aus dem Tunnel. Spätestens.“

Manfred Stolpe (SPD), Ministerpräsident von Brandenburg

„Touch the future!“

Mit neuen Ideen, kernigen Plakaten und unkonventionellen Discoveranstaltungen („Moonwalks und Smalltalks“) geht die Junge Union Rheinland-Pfalz ab dem 3. April in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes. Der JU-Landesvorstand hat die bereits im Bundestagswahlkampf von der Jungen Union Deutschlands erfolgreich initiierte Imagekampagne „Touch the future!“ weitergeführt, mit der junge

Menschen aufgefordert werden, positiv an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuarbeiten.

Termine der „Moonwalks und Smalltalks mit Hans Otto Wilhelm“ sind:

- 11. 4. (Donnerstag) Ludwigshafen, Café-Bistro Edd;
- 13. 4. (Samstag) Pirmasens, Disco „H 20“;
- 17. 4. (Mittwoch) Westerburg (Westerwald), „Oktagon“;
- 19. 4. (Freitag) Koblenz, „Extra Dry“;
- 20. 4. (Samstag) Neuwied-Engers, Discotheque Hippodrome.

Abwegige Spekulationen

Zu den Spekulationen über eine große Koalition erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Alle Spekulationen über eine große Koalition oder Neuwahlen sind abwegig. Die CDU/CSU verfügt im Deutschen Bundestag über mehr als 48 Prozent der Mandate. Zusammen mit jenen der FDP macht die Mehrheit der Regierungskoalition rund 60 Prozent aus. Das ist das eindeutige Ergebnis der ersten freien gesamtdeutschen Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg am 2. Dezember 1990. Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP wird den Wählerauftrag selbstverständlich erfüllen. Sie hat gerade erst in den letzten Wochen — beispielsweise durch das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ — entscheidende Voraussetzungen für die Wiederherstellung der inneren Einheit Deutschlands geschaffen.

Reines Wunschdenken

Der designierte SPD-Vorsitzende Engholm kommt mit einer ganz tollen Idee daher. Weil die Bundesregierung bei der Bewältigung der Krise in der Ex-DDR gescheitert sei, muß der Bundesstag „so rasch wie möglich“ neu gewählt werden. Hört sich an wie ein Aprilscherz und ist so überzeugend wie die Forderung des PDS-Vorsitzenden Gysi, Kohl solle zurücktreten. Bei Gysi ärgert man sich über die Dreistigkeit. Bei Engholm wundert man sich über Naivität. Daß ein Abkömmling des SED-Sozialismus jetzt ins Feuer bläst, leuchtet ein. Nicht dagegen, daß der nächste SPD-Vorsitzende so fahrlässig daherredet. Die Regierung Kohl hat sich manches leichter vorgestellt. Sie deshalb als „kaputte“ Regierung zu bezeichnen, die der Krise nicht gewachsen sei, beruht auf reinem Wunschdenken.

Frankfurter Neue Presse

Kommentare

Jetzt sind es Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die im Protest gegen Bonn Solidarität demonstrieren, aber Rezepte eben auch nicht bieten können. Die Nöte der Menschen werden so zwar nicht geringer, aber zumindest die eigene Partei könnte daraus Honig saugen.

Wiesbadener Kurier

Jene scharfzüngigen Sozialdemokraten, die jetzt als Hauptwortführer und Scharfmacher an der Spitze von Demonstrationen marschieren, täten besser daran, ihre SPD-Ministerpräsidenten zu etwas mehr Opfersinn im Interesse der östlichen Bundesländer anzuleiten und den jetzt vollmundig zwischen Elbe und Oder herumagieren-

den DGB-Leuten ins Gewissen zu reden. Deister- und Weser-Zeitung

Der geschneigelte, hochdotierte IG-Metall-Boß Steinkühler konnte alle Register seiner approbierten Demagogie ziehen. Ihm, dem Westler mit der geballten Gewerkschaftsmacht im Rücken, mußte man ja glauben, zumal die angereiste SPD-Spitze sich als willfährige Claque erwies. Aachener Volksztg.

Ob Steinkühler ahnt, was er anrichtet, wenn er sich im Osten als eine Art Zorro, als Rächer der Enterbten, aufführt? Die Versuchung, das Elend auch noch organisationspolitisch auszuschlachten, mag riesengroß sein, aber es muß doch Gewerkschaftsführer geben, die diesem Funktionsärtsdrang widerstehen können.

Flensburger Tagebl.

Demonstrationen in Leipzig von linken Organisationen angeheizt

Zu den jüngsten Demonstrationen in Leipzig erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe:

Bei allem Verständnis für die derzeitigen Sorgen und Nöte der Mitbürger, die Anfang letzter Woche wieder auf die Straße gegangen sind, können die Motive derer, die zu solchen Demonstrationen aufrufen, nicht akzeptiert werden. Denn es geht ihnen nicht darum, die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern zu verbessern, sondern durch Anheizen der Stimmung die Bundesregierung in Mißkredit zu bringen.

Die Leipziger Montagsdemonstrationen waren Auslöser der Wende in der DDR im Jahre 1989. Wenn jetzt in Leipzig und anderen Städten der neuen Bundesländer wieder montags demonstriert wird, geschieht es diesmal ohne Gefahr für Leib und Leben.

Die Umstrukturierung des Landes und der Umbau der DDR-Betriebe in leistungsstarke und wettbewerbsfähige

Unternehmen ist in vollem Gange. Daß dies nicht einfach ist und nicht binnen weniger Wochen gelingen kann, haben wir vorher immer wieder gesagt. Die neuen Bundesländer können nicht in einem Jahr nachholen, was dort 40 Jahre lang versäumt wurde. Deshalb wird von vielen Beschäftigten auch in den nächsten Jahren ein hohes Maß an Umstellungsbereitschaft verlangt.

Ich bin davon überzeugt, daß die Menschen in den neuen Ländern dies erkennen. Sie haben Leistungsbereitschaft und können sich auf eine Durststrecke einstellen. Dazu genügt Geld nicht allein, Eigeninitiative und Risikobereitschaft müssen hinzukommen. Marktwirtschaft bedeutet nicht gleich Wohlfahrtsstaat, soziale Sicherheit muß Leistungswille hinzukommen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die neuen Demonstrationen von linken Organisationen und Gewerkschaften geführt werden, die sich mit der deutschen Einheit immer noch nicht abgefunden haben.

Kommentar

Öl ins Feuer gegossen

Stark beschäftigte und damit — zu Recht — gut verdienende Chemiefacharbeiter im westfälischen Marl-Hüls erhielten unlängst von ihrer örtlichen Gewerkschaft die Einladung, sich an einer Demonstration gegen die Bundesregierung vor den Werkstoren in Leuna bei Merseburg zu beteiligen. Freie Omnibusfahrt einschließlich Lunch-Paket, versteht sich. In Sachsen-Anhalt

bangen Kollegen in verrotteten, umweltzerstörenden Chemiewerken um ihre Zukunft. Aus Schrott neues Leben zu erwecken, dauert Zeit.

Was als Solidaritätsakt dargestellt wurde, ist in Wirklichkeit eine offenbar wohlvorbereitete Gemeinschaftsaktion von DGB-Gewerkschaften und SPD, die gegenwärtige Verunsicherung vieler Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern dafür zu nutzen, die politische Landschaft im Osten umzupflügen. Statt Öl auf die Wogen zu schütten, wird es ins Feuer gegossen.

Rheinische Post

Mißbrauch verständlicher Ängste zum Schüren von Neid und Mißgunst

Es ist verständlich, daß viele Menschen in den neuen Bundesländern verunsichert und zum Teil auch verängstigt sind. Der Zusammenbruch der sozialistischen Mißwirtschaft, die erst jetzt in ihrer ganzen Morbidität erkennbar wird, ist für viele zunächst mit Ungewißheit verbunden.

Skandalös ist es jedoch — so der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Friedrich Bohl** —, wenn diese Ängste ausgenutzt werden. Die Parolen des Bischofs Forck und mancher aus dem Westen angereister Gewerkschaftsfunktionäre dienen in keiner Weise dem Wiederaufbau in den neuen Ländern. Sie haben ganz offensichtlich den Zweck, Unruhe, Neid und Mißgunst gegenüber den Menschen im Westen und der Bundesregierung zu schüren.

Bischof Forck — der schon im Januar im Zusammenhang mit dem Golfkrieg merkwürdig antiwestlich politisierte und agitierte — ist zu fragen, wie sich seine Panikmache mit der christlichen Botschaft verträgt. Oder ist sein Verhalten nur damit zu erklären, daß er sich im Kasernenhof-Sozialismus besser eingerichtet hatte, als ihm dies im freiheitlichen Deutschland gelingt?

Die Gewerkschaften sind zu fragen, ob sie — wie der SPD-Kandidat Lafontaine — schon wieder auf eine Doppelstrategie setzen: In den neuen Bundesländern klagen sie die Bundesregierung an, nicht genug zu tun; in den alten Bundesländern stellen sie Tarifforderungen von zehn Prozent und mehr, die von Solidarität gegenüber unseren Landsleuten nichts verspüren lassen.

Niemand hat jemals versprochen, schon im Frühjahr 1991 werde der Aufschwung in den neuen Ländern da sein. Immer war klar, daß ein tiefes und bitteres Tal durchschritten werden müsse.

Es ist gut, daß der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer das Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ der Bundesregierung unterstützt. Es wäre noch besser, wenn sich diese Auffassung auch in den Einzelgewerkschaften und bei den Gewerkschaftsgliederungen durchsetzen würde. Wer jetzt aufgrund durchsichtiger parteipolitischer Motive die Unzufriedenheit anheizt, der tritt die Solidarität und die christliche Nächstenliebe mit Füßen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auch künftig mit aller Kraft und solidarisch den Wiederaufbau in den neuen Ländern unterstützen — durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel und durch Informationsreisen unserer Arbeitsgruppen. Es bleibt dabei: Die Menschen in den neuen Ländern — deren Sorgen wir ernst nehmen — können sich auf die Union verlassen.

Drahtzieher aus dem Westen

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, Joachim Auer, hat die westdeutschen Gewerkschaften beschuldigt, die gegenwärtigen Demonstrationen in vielen ostdeutschen Städten zu steuern. Diese hätten in den vergangenen Jahren kein solches Aufmerksamkeitsforum mehr gefunden, erklärte Auer. Mit den Protesten werde der Bevölkerung vorgegaukelt, es gebe zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik eine Alternative.

Ohne Währungsunion hätte eine Massenflucht stattgefunden

Zu den Ausführungen von Bundesbankpräsident Pöhl in Brüssel über die zu rasche Einführung der DM in der ehemaligen DDR erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Die überaus kritischen Äußerungen des Bundesbankpräsidenten in Brüssel über eine zu rasche Einführung der DM in der ehemaligen DDR sind vor dem Hintergrund der Situation im Frühjahr/Sommer 1990 mehr als fragwürdig:

● Die Entscheidung zur Einführung der DM wurde damals getroffen, um ein Ausbluten der ehemaligen DDR zu verhindern, da keine Zweifel bestanden, daß ohne eine Währungsunion eine Massenflucht stattgefunden hätte.

Der Bundesbankpräsident sollte nicht vergessen, daß die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion die Voraussetzung für die Wiedervereinigung war. Jeder — auch der Bundesbankpräsident — wußte, daß der Preis für die Wiedervereinigung für beide Teile Deutschlands hoch sein werde, da das SED-Regime das Land in 40 Jahren komplett heruntergewirtschaftet hat.

● Die damals in der Anfangsphase der Diskussion um die Wirtschafts- und Währungsunion von der Bundesbank vorgelegten Alternativen sahen zunächst eine Wirtschaftsunion mit einer mehrjährigen Strukturanpassung vor.

Es ist zweifelhaft, ob ein Fortbestehen zweier Währungen nicht große geld-, finanz- und wirtschaftspolitische Risiken geschaffen hätte. Wäre nicht eine Stützung der DDR-Mark durch die Bundesbank die zwangsläufige Folge gewesen? Ohne direkten Einfluß auf die Finanz- und Geldpolitik der DDR wären auch die Stabilitätsrisiken für den Westen Deutschlands erheblich gewesen.

Die Bundesbank hat nach der übergeordneten politischen Entscheidung der Bundesregierung ihre Unterstützung bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion zugesagt.

● Der Bundesbankpräsident empfiehlt mit Recht eine sorgfältige Vorbereitung und behutsame Verwirklichung der europäischen Währungsunion. Das Konzept der europäischen Währungsunion macht Sinn, wenn es dazu beiträgt, Stabilität aus Deutschland zu exportieren, nicht aber Inflation aus manchem anderen EG-Land zu importieren.

Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des Bündnisgebietes

Mit der Debatte um den Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des Bündnisgebietes beschäftigt sich die Interne Studie Nr. 22/1991 des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Studie zeichnet die Sachdiskussion nach und stellt die unterschiedlichen außenpolitischen Positionen in der aktuellen Debatte dar. — Die Studie kann bei der Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung, Telefon (0 22 41) 24 64 35, angefordert werden.

Kommission „Wiederaufbau neue Bundesländer“

Zur konstituierenden Sitzung der Kommission „Wiederaufbau neue Bundesländer“ erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Nitsch, in seiner Eigenschaft als Kommissionsvorsitzender:

Die Fraktion bündelt in der Kommission „Wiederaufbau neue Bundesländer“ die Fragen und Probleme des eilbedürftigen Wiederaufbaus der neuen Bundesländer als politische Querschnittsaufgabe, an der sich folgende Mitglieder beteiligen:

Neue Bundesländer:

Hartmut Büttner, MdB
Horst Gibtner, MdB
Udo Haschke, MdB
Ulrich Klinkert, MdB
Rudolf K. Krause, MdB
Paul Krüger, MdB

Gerhard Schulz, MdB
Michael Wonneberger, MdB

Alte Bundesländer:

Hansjürgen Doss, MdB
Heiner Geißler, MdB
Michael Glos, MdB
Peter Kittelmann, MdB
Christian Neuling, MdB
Friedhelm Ost, MdB
Hans Peter Schmitz, MdB

Die Kommission wird mithelfen, die Bundesaktivitäten zugunsten der neuen Bundesländer zu koordinieren und zu beschleunigen. Sie behält sich vor, geeignete und schnell wirksame Maßnahmen anzuregen, Ergebnisse zu kontrollieren und mit regelmäßigen Regionalkonferenzen Ansprechpartner für die Belange der Bürger in den neuen Bundesländern zu sein.

Neue Bundesländer:

Was schnell besser werden muß

Von je 100 befragten West-Managern halten für besonders dringlich:



Warum Investoren zögern

Noch vor einem halben Jahr war die Hoffnung groß, daß schon bald nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine Investitionswelle für einen kräftigen Aufschwung in den neuen Bundesländern sorgen würde. Doch die erhofften massiven Investitionen blieben aus; Unternehmen halten sich zurück, jenseits der Elbe neue Betriebe zu gründen und so neue Arbeitsplätze zu schaffen. Doch warum zögern die Investoren, sich in dem neuen Teil der Bundesrepublik mit mehr als 16 Millionen Verbrauchern zu engagieren? Das Münchner Ifo-Institut wollte es genau wissen und befragte West-Manager, warum sie sich so abwartend verhalten. Der am häufigsten genannte Grund: Es mangelt an modernen Kommunikationsmöglichkeiten — konkret: Es ist nicht möglich, einfach zum Telefonhörer zu greifen, wenn man mit Geschäftspartnern sprechen will; das marode Telefon- und Telexnetz macht die schnelle geschäftliche Kommunikation eher zu einem Glücksspiel.

Der ökologische Aufbau in den neuen Bundesländern

Zu den Umweltschutzmaßnahmen und Leistungen der Bundesregierung in den neuen Bundesländern erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Klinkert:

Der ökologische Aufbau in den neuen Bundesländern kommt zügig voran. Eine Zwischenbilanz zeigt folgendes Ergebnis:

Die Bundesregierung hat bereits vor der staatlichen Vereinigung die ökologische Sanierung in Angriff genommen. So wurden Haushaltsmittel in Höhe von 1,4 Mrd. DM für Umweltmaßnahmen auf dem Gebiet der neuen Bundesländer ausgeben:

- Mit ca. 670 Mio. DM wurden 38 Pilotprojekte gefördert. Dadurch wurden Investitionen von rd. 2,4 Mrd. DM ermöglicht, z. B. Kläranlagen in Wittenberg und Dresden, Wärmeversorgung in Greifswald.

- Ca. 730 Mio. DM wurden für umfangreiche Sofortmaßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die menschliche Gesundheit zur Verfügung gestellt, z. B. Sicherung der Trinkwasserversorgung, Deponieabdichtung, Beseitigung grober Mißstände bei der Abwasserbeseitigung. Im Rahmen des „Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost“ werden Soforthilfen im Umweltschutzbereich zur Verfügung gestellt (400 Mio. DM für 1991 und 400 Mio. DM für 1992). Mit diesem Umweltschutz-Sofortprogramm sollen kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Gefördert werden vorrangig

Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen, dringende Maßnahmen zur Deponiesicherung sowie Sicherungsmaßnahmen bei gesundheitsgefährdenden Industrieanlagen.

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung eine „Nationale Solidaritätsaktion Ökologischer Aufbau“ angekündigt, um die gravierenden Umweltbelastungen in den neuen Ländern durch gemeinsame Anstrengungen des Bundes,

Eine Zwischenbilanz, die sich sehen lassen kann

der Länder und der Wirtschaft zu bewältigen. Im Rahmen dieses Aktionsprogramms hat Bundesumweltminister Töpfer folgende Maßnahmen vorgesehen:

Sanierungsmaßnahmen

Eine erste Bestandsaufnahme hat katastrophale Umweltbelastungen in den neuen Bundesländern aufgezeigt. Kurzfristig werden in Angriff genommen:

- Sofortmaßnahmen für 196 der 12 250 bisher festgestellten Altlastenflächen
- Untersuchung der 248 000 ha Verdachtsflächen aus dem militärischen Bereich (NVA und sowjetische Truppen)
- Elbeinzugsgebiet: Bau bzw. Sanierung von 35 kommunalen und 24 industriellen Kläranlagen

- an Ostsee und im Einzugsgebiet von Oder und Neiße: Bau von 27 Kläranlagen
- Neubau von 6 200 km und Sanierung von 5 000 km Hauptsammler
- Altanlagenanierung bzw. Ersatz für 278 erfaßte Großfeuerungsanlagen bis 1. 7. 1996 (10 Braunkohlegroßkraftwerke, 142 Industriekraftwerke, 126 Heizkraftwerke)
- Sanierung von 6 735 luftverunreinigenden Anlagen entsprechend der TA Luft bis 1. 7. 1996.

Schaffung einer Sanierungsinfrastruktur

Kurzfristig ist die Schaffung einer notwendigen Infrastruktur zur Sanierung von Altlasten geplant.

Vorgesehen sind:

- Weltausstellung Sanierungstechnologien im Großraum Halle/Leipzig, innovative Technologien zu allen Sanierungsbereichen, darunter 6 Bodenbehandlungszentren (Investitionsvolumen je ca. 250 Mio. DM)
- 10 Sonderabfalldeponien (Investitionsvolumen ca. 1,5 Milliarden DM)
- 2 bis 3 Untertagedeponien (Investitionsvolumen je ca. 12 bis 18 Mio. DM)
- 5 thermische Anlagen zur Behandlung kontaminierter Böden (Investitionsvolumen je ca. 200 Mio. DM)
- Kampfstoffentsorgungszentrum (Investitionsvolumen ca. 200 Mio. DM).

Finanzierung des Aktionsprogramms

Zur Finanzierung sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

● Nutzung der vorhandenen Förderprogramme

Die vorhandenen Kreditprogramme der Bundesregierung

- ▶ Kommunalkreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau
- ▶ ERP-Kredite für gewerbliche Investitionen
- ▶ Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollen verstärkt für Umweltinfrastrukturmaßnahmen, insbesondere im kommunalen Bereich, eingesetzt werden.

● Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Insbesondere im Bereich des kommunalen Umweltschutzes sollen ABM-Mittel zur Verfügung gestellt werden.

● Einführung einer Abgabe auf Abfälle

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird in Kürze den Entwurf eines Gesetzes zur Erhebung einer Abgabe auf Sonderabfälle vorlegen. Aus dem Aufkommen soll auch die Altlastensanierung in den neuen Bundesländern finanziert werden.

● Aufkommen aus der CO₂-Abgabe

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird noch vor der Sommerpause den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer CO₂-Abgabe vorlegen. Auch das Aufkommen aus dieser Abgabe soll zu einem erheblichen Teil für Sanierungsmaßnahmen in den neuen Ländern eingesetzt werden.

● Mobilisierung privaten Kapitals

Neben staatlichen Mitteln hält die Bundesregierung auch den verstärkten Einsatz privaten Kapitals zur Finanzierung von Umweltschutzanlagen in den neuen Ländern für erforderlich. Die Bundesregierung hat die Absicht, zur Nutzung dieses Kapitals zusätzliche Anreize zu geben.

Solidaritätszuschlag führt nicht zu einer Erhöhung der Kirchensteuer

Zu den in letzter Zeit von der SPD verbreiteten Behauptungen, die Einführung des auf ein Jahr befristeten Solidaritätszuschlags bedeute automatisch auch eine Erhöhung der Kirchensteuer, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Falthäuser:

Die Vielzahl der über den Solidaritätszuschlag verbreiteten Falschmeldungen ist neuerdings um eine weitere Variante bereichert worden. Der Solidaritätszuschlag soll nun automatisch auch zu einer Erhöhung der Kirchensteuer führen. Daß dem nicht so ist, zeigt ein kurzer Blick auf die Rechtsgrundlagen der Kirchensteuer:

Der Bundesgesetzgeber hat auf dem Gebiet des Kirchensteuerwesens keinerlei Rechtsetzungsbefugnis. Rechtsgrundlage für die Erhebung der Kirchensteuer sind allein die Kirchensteuergesetze der Bundesländer (Artikel 140 Grundgesetz). Diese Landeskirchensteuergesetze bilden den Rahmen für die kirchlichen Steuervorschriften, in denen die Kirchen Art und Höhe der Kirchensteuer festlegen. Allein schon aus diesem Gesichtspunkt können steuerliche Entscheidungen des Bundesgesetzgebers wegen der fehlenden

Gesetzgebungskompetenz keinen unmittelbaren Einfluß auf die Höhe der Kirchensteuer nehmen. Mittelbar besteht ein Zusammenhang nur insoweit, als nach den Kirchensteuergesetzen der Länder die Kirchensteuer regelmäßig als Zuschlag in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der zu zahlenden Einkommensteuer/Lohnsteuer erhoben wird. Die Einkommensteuer ist als Bemessungsgrundlage Maßstab für die Kirchensteuer, so daß eine Erhöhung der Einkommensteuer/Lohnsteuer mittelbar auch zu einer Erhöhung der Kirchensteuer führt.

Dies gilt jedoch nur für die Einkommensteuer/Lohnsteuer selbst. Bei dem vorgesehenen Solidaritätszuschlag handelt es sich rechtlich jedoch um eine Ergänzungsabgabe im Sinne von Artikel 106 Abs. 1 Nr. 6 Grundgesetz.

Nach den Kirchensteuergesetzen der Länder ist lediglich die Einkommensteuer/Lohnsteuer, nicht aber eine hierauf erhobene Ergänzungsabgabe, als Bemessungsgrundlage für die Kirchensteuer vorgesehen. Der Solidaritätszuschlag führt daher auch mittelbar nicht zu einer Erhöhung der Kirchensteuer.

Kommentar

Ein starker Motor

Eine Wirtschaftsmeldung, bei der Freude aufkommt — Deutschland ist wieder Export-Weltmeister. Das heißt nicht mehr und nicht weniger: Deutschland hat im vergangenen Jahr mehr Autos, Maschinen, Chemieprodukte,

Nahrungsmittel, Bekleidung ans Ausland verkauft als jedes Land der Welt. Mehr als die riesige USA, mehr als die tüchtigen Japaner. Diese Nachricht sollte besonders den Menschen in den neuen Bundesländern Mut machen. Unsere Marktwirtschaft ist ein starker Motor. Er hat genug PS, um auch den sozialistischen Wirtschaftskarren anzuschieben.

Bild

Mehr als zehn Milliarden zusätzlich für die Kommunen der neuen Länder

Zur Finanzsituation der Kommunen in den neuen Ländern erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Herkenrath:

Nach den jüngsten Entscheidungen erhalten die Städte, Gemeinden und Kreise in den neuen Ländern in diesem Jahr 1991 mehr als zehn Mrd. DM zusätzlich:

● Durch die Beschlüsse der Regierungschefs der Länder und des Bundeskanzlers vom 28. Februar 1991 erhalten die Kom-

munen in diesem Jahr rund drei Mrd. DM frei verfügbare Finanzmittel.

● Durch die Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 8. März 1991 erhalten die Kommunen mehr als sieben Mrd. DM für kommunale Investitionszwecke, darunter sofort fünf Mrd. DM als Investitionspauschale für Instandsetzungen.

Hinzu kommt das Investitionskreditprogramm für Kommunen, das aufgrund reger Nachfrage inzwischen von 10 Mrd. DM auf 15 Mrd. DM aufgestockt wurde. Gemäß Stand vom 14. März 1991 ergibt sich folgende Inanspruchnahme des Kommunalkreditprogramms:

Verwendungszweck mit Schwerpunkt	Eingegangene Anträge		Zugesagte Anträge	
	Anzahl TDM	Betrag in TDM	Anzahl TDM	Betrag in TDM
Deutsche Ausgleichsbank				
- Erschließung von Gewerbeflächen	488	2 802 853	339	1 407 294
- Energieeinsparung	171	525 765	106	228 243
- Abfallwirtschaft	56	1 217 374	30	247 140
Berliner Industriebank				
- Verkehrsinfrastruktur	587	807 162	526	646 445
- Stadt- und Dorferneuerung	493	932 014	443	426 207
- Krankenhäuser, Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen	145	872 899	84	429 273
Kreditanstalt für Wiederaufbau				
- Abwasser, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Wasserbau	828	2 823 000	698	2 382 000
Summe	2 768	9 981 067	2 226	5 766 602

Soforthilfe für ostdeutsche Nierenkranke

Bundesgesundheitsministerin Gerda Hasselfeldt hat in Dresden-Neustadt ein neues Dialysezentrum für Nierenkranke eröffnet. Ab sofort können im Klinikum „Weißer Hirsch“ rund 80 Patienten so versorgt werden, daß ihre Chancen auf eine spätere Nierentransplantation gewahrt bleiben.

Insgesamt sind damit in den neuen Bundesländern innerhalb weniger Monate fünf neue Dialysezentren eingerichtet worden. Die Bundesregierung hatte dafür im Rahmen ihrer medizintechnischen Hilfen 23 Millionen Mark bereitgestellt. Weitere Dialysestationen sind bereits in Chemnitz, Dessau, Greifswald und Brandenburg eingerichtet worden. Sie ermöglichen die Behandlung von insgesamt rund 400 Patienten.

Zusätzlich hatte die Bundesregierung über 100 neue Geräte sowie ergänzende Dialysematerialien für die bereits bestehenden Zentren zur Verfügung gestellt. Insgesamt können damit zur Zeit in den neuen Bundesländern alle nierenkranken Patienten angemessen behandelt werden.

Mindestens zehn Prozent mehr Wachstum

Hohe private und öffentliche Investitionen dürften in den fünf neuen Bundesländern schon im nächsten Jahr für eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von mindestens zehn Prozent sorgen. So die Meinung von Ulrich Cartellieri, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, Frankfurt.

Dresdner Hygienemuseum erhält zwei Millionen Mark

Der Bundeshaushalt 1991 des Bundesministeriums für Gesundheit sieht erhebliche Fördermittel für die Beibehaltung von Institutionen vor. So wird an den Freistaat Sachsen für das Deutsche Hygienemuseum in Dresden im Rahmen einer Projektförderung eine einmalige Zuwendung in Höhe von zwei Millionen Mark geleistet.

Die 1991 gegründete Forschungs- und Bildungsstätte zeichnet sich durch qualifizierte Aus- und Weiterbildung in der Gesundheitserziehung aus, durch die

Über Sachsen hinaus bekannt

Bereitstellung anschaulichen Lehrmittel- und Bildmaterials. Ferner ist das Deutsche Hygienemuseum durch die Veröffentlichung von populärwissenschaftlichen Schriften weit über die Grenzen Sachsens hinaus bekannt.

Johannes Nitsch, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Dresden und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Entscheidung, das Deutsche Hygienemuseum in Dresden beizubehalten und zu fördern, begrüße ich sehr. Ist diese Institution doch ein zentraler Ort der Bildung und Forschung in unserer Stadt. Die Dresdner Bürger sind in der letzten Zeit mit vielen Hiobsbotschaften über das Hygieneinstitut konfrontiert worden, so daß diese Nachricht sicher der Beginn für das ruhige „Fahrwasser“ sein wird — da nun eine andere wichtige Einrichtung unseres Landes Bestand haben wird —, das wir für den weiteren Fortschritt und sozialen Frieden brauchen.

Unsere Familienpolitik ist erfolgreich

Gegenüber dem Vorjahr stieg 1990 die Zahl der geborenen Kinder um 6,8 Prozent auf 724.000 an. Diese Zahlen nannte die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, im Rahmen einer Debatte zum Thema Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub vor dem Deutschen Bundestag.

„Die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind damit deutlicher Hinweis auf den Erfolg der Bonner Familienpolitik“, betonte die Ministerin. „Seit 1986 haben das Erziehungsgeld und der

Hannelore Rönsch:
Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub haben ihre Bewährungsproben mehr als bestanden.

Erziehungsurlaub jungen Menschen die Chance gegeben“, so die Ministerin, „das zu sein, was sie sein wollen; nämlich Eltern und Familien mit Kindern. Das Erziehungsgeld hilft, die wirtschaftliche Lage zu sichern, der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie verschafft den zeitlichen Spielraum, um den Kindern in den ersten Jahren die notwendige Nestwärme zu geben.“

So haben 95 bis 97 Prozent aller Eltern in den ersten Jahren das Erziehungsgeld in Anspruch genommen; bislang sind es rund drei Millionen Eltern. Bis heute hat die Bundesregierung diese Leistungen ständig verbessert. Die Bezugsdauer des Erziehungsgeldes wurde in drei Stufen von zunächst 10 auf 18 Monate verlängert. Ab 1993 werden 24 Monate aus der Bundeskasse gezahlt.

Anfangs gab es auch bei mehreren Kindern höchstens 600 Mark, inzwischen besteht für jedes Kind ein eigener Anspruch, also bei Mehrlingen oder, wenn während des Erziehungsgeldbezuges ein weiteres Kind geboren wird. „Jedes Kind ist uns gleich viel wert“, bekräftigte die Ministerin.

Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sind — gemeinsam mit der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht — familienpolitische Meilensteine, betonte die Ministerin, mit denen die Bundesregierung den Wandel in der Familienpolitik nach der Talsohle der Geringschätzung in den siebziger Jahren herbeigeführt hat.

Aus dem März-Bericht der Bundesbank

„Während die deutsche Währungsunion ohne größere Schwierigkeiten vollzogen wurde, Veränderungen in der Preisstruktur nicht zu dem mancherorts befürchteten Preisschub führten und die allgemeine Versorgungslage der ostdeutschen Bevölkerung sich schlagartig besserte, war der Übergang von dem starren System zentraler Planung zur Sozialen Marktwirtschaft mit einem scharfen Einbruch in der Produktions- und Erwerbstätigkeit verbunden. Der abrupte Systemwechsel hat fundamentale strukturelle Leistungsmängel und Wettbewerbschwächen des alten Regimes in einem weithin nicht erwarteten Ausmaß aufgedeckt.“

Magnetschnellzug Transrapid bietet vollen Ersatz für das Fliegen

Zur Zukunft des Magnetschnellzuges Transrapid erklärte der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Schon seit längerer Zeit wird von Verkehrsexperten darauf hingewiesen, daß die Flugverkehrsbelastung des deutschen Luftraumes so groß werden kann, daß für innerdeutsche Flüge kaum noch Raum bleibt. Einen Ausweg aus dieser Situation bietet der mit bisher rund 1,5 Milliarden Mark durch das Forschungsministerium unterstützte Magnetschnellzug Transrapid.

Alle seriösen Gutachten weisen darauf hin, daß dieses Verkehrsmittel in der Lage ist, aufgrund seiner Geschwindigkeit einen vollen Ersatz für das Fliegen zu bieten. Insofern wird hinsichtlich der Verwirklichung dieses Verkehrssystems auch die Beteiligung der Verkehrsträger Bundesbahn und Lufthansa sowie anderer Interessierter angestrebt.

Angesichts der Tatsache, daß bisher die Realisierung einer tragfähigen Referenzstrecke durch die NRW-Landesregierung mit gebremstem Engagement verfolgt wird, hat auch die Industrieseite Zurückhaltung signalisiert. Dies ist verständlich. Andererseits kann es dem Staat nicht zugemutet werden, in dieser Situation weitere hohe Beträge in die Weiterentwicklung des Transrapid bis zum Nachweis der vollen Einsatzreife aufzubringen.

Auch dafür muß Verständnis aufgebracht werden. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet nur die baldige Festlegung einer realistischen Referenzstrecke, die im Gegensatz zu der für Nordrhein-

Westfalen vorgesehenen Strecke eine hohe Wahrscheinlichkeit auf Realisierung bietet, so daß ein allseitiges finanzielles Engagement gerechtfertigt ist.

Der Vorschlag des thüringischen Ministerpräsidenten Duchac, schon jetzt mit hoher Bindungswirkung eine Transrapidstrecke von Berlin über Leipzig und Erfurt nach Frankfurt festzulegen, ist vernünftig. Bei festem Willen aller Beteiligten hat dieser Vorschlag eine hohe Realisierungschance, neueste Technik in die neuen Bundesländer zu bringen und dort für voraussichtlich 25 000 bis 40 000 Arbeitsplätze zu sorgen.

Bis zu 40 000 Arbeitsplätze

Alle Beteiligten wären gut beraten, wenn im Rahmen dieser Überlegungen auch Zusagen hinsichtlich der Produktion von Komponenten des Fahrweges, aber auch des Zuges selbst in die neuen Bundesländer gegeben werden könnten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist bereit, mit allen Interessierten über diese Möglichkeiten zu sprechen und sich für die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel einzusetzen. Aber auch nur dann! Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, daß eine alleinige staatliche Unterstützung ohne Gewähr auf eine realistische Referenzstrecke und signifikante industrielle Beteiligung auch kurzfristig nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert den Bundesforschungsminister auf, über die Gesamtsituation alsbald mit den interessierten Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer Gespräche aufzunehmen.

Die NATO hat den friedlichen Wandel im Osten möglich gemacht

Zum Besuch des Präsidenten der ČSFR bei Behörden der NATO und der EG in Brüssel erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Es gehört zu den Geschäftsgrundlagen der sowjetischen Außenpolitik des Neuen Denkens, daß die NATO weder ihr Vertragsgebiet noch ihre Präsenz nach Osten ausdehnt. Das hat Václav Havel beachtet.

Was er über die historische und künftige Rolle der NATO als Sicherheitsanker für Freiheit und Demokratie gesagt hat, müßte den Demonstranten von 1983 und 1991, aber auch vielen Pazifisten in der SPD, schrill in den Ohren klingen. Václav Havel weiß, daß die Solidarität des Bündnisses den friedlichen Wandel in Mittel- und Osteuropa erst ermöglicht hat.

Ebenso wichtig ist sein Hinweis auf die künftigen Sicherheitserfordernisse Europas, insbesondere der jungen Demokratien in Ostmitteleuropa. Sie können die Sicherheitsrisiken aus dem Osten nicht

alleine tragen. Da ihnen eine institutionelle Anlehnung an die NATO nicht offen ist, muß deren europäischer Pfeiler, die Westeuropäische Union (WEU), gestärkt durch neue Institutionen, diesen Staaten die Chance für eine gemeinsame Europäische Sicherheitsunion bieten.

Ziel: Ungeteilter Kontinent

Zusätzlich muß die ganz Europa umfassende Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), zu der unsere transatlantischen Bündnispartner USA und Kanada gehören, die — wie Václav Havel es formuliert hat — Teilnahme der demokratischen Gemeinschaft der Völker der Sowjetunion an der künftigen Sicherheitsstruktur eines demokratischen Europa ermöglichen.

Das Ziel ist der ungeteilte Kontinent, das vereinigte demokratische Europa als friedenserhaltende Mitte zwischen den Weltmächten. ■

Fraktionssprecher und Gesprächskreise

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat folgende Sprecher der Fraktion für bestimmte Sachbereiche berufen:

Energie: Heinrich Seesing
Medien: Joseph-Theodor Blank
Außenwirtschaft: Peter Kittelmann
Abrüstung: Peter Kurt Würzbach
Beamte: Otto Regenspurger
Sport: Engelbert Nelle

Zugleich wurden auf Vorschlag von Dregger folgende Gesprächskreise in der Fraktion eingerichtet und die folgenden Vorsitzenden bestellt:

Energie: Heinrich Seesing
Außenwirtschaft: Peter Kittelmann
Verbraucherpolitik: Editha Limbach
Kunst und Kultur: Oscar Schneider
Küstenfragen: Wilfried Bohlsen
Drogen: Roland Sauer (Stuttgart)
Aussiedler: Gertrud Dempwolf

Für die Hochschulpolitik ist der Beitrag des RCDS unverzichtbar

„Verantwortung wagen — den Lebensraum Hochschule gestalten“ — unter diesem Motto stand die 44. Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) vom 1. bis 3. März in Dresden. Mit der endgültigen Aufnahme der zehn RCDS-Gruppen in den östlichen Bundesländern und der Konstituierung der neuen RCDS-Landesverbände ist der RCDS im 40. Jahr seines Bestehens an seine geschichtlichen Wurzeln in der damaligen SBZ zurückgekehrt.

Zugleich hat der RCDS damit seinen Anspruch untermauert, als traditionsreichster und größter Studentenverband in Deutschland zugleich ein besonderes Gewicht auf das Engagement in den neuen Bundesländern zu legen. Dort ist die christlich-demokratische Studentenorganisation der einzige flächendeckend präsente Studentenverband.

Zum neuen Bundesvorsitzenden des RCDS wählte die Bundesdelegiertenversammlung den 23jährigen Jura-Studenten Christian Schneller aus Augsburg. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden

wurden der Göttinger Jura-Student Klaus von Lepel (21 Jahre) und der Bayreuther Wirtschaftsstudent Thomas Peters (26 Jahre) gewählt.

Die diesjährige Bundesversammlung war die erste Tagung des RCDS in den neuen Bundesländern. Der RCDS wollte damit ein politisches Zeichen setzen und Impulse für die wichtige politische Dis-

Bericht über die erste Tagung des RCDS in den neuen Bundesländern vom 1. bis 3. März in Dresden

kussion um die Erneuerung des Hochschulwesens im Osten sowie für das Engagement junger Menschen in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung geben.

Die Erneuerung der Hochschulen stand daher auch im Mittelpunkt der inhaltlichen Beratungen der Bundesdelegiertenversammlung. Dazu der neugewählte RCDS-Bundesvorsitzende:

Die innere Einheit verlangt neben der Schaffung materiell gleicher Lebensver-

32. EAK-Bundestagung: 12./13. 4. 1991

Berlin, Kongreßhalle Alexanderplatz

„Das vereinte Deutschland – Chance und Aufgabe“

Freitag, 12. April 1991

20.00 Uhr Theologisches Abendgespräch: „Evangelische Verantwortung in Deutschland“

Samstag, 13. April 1991

9.45 Uhr Ansprache des Vorsitzenden
10.30 Uhr Arbeitskreise
14.00 Uhr Schlußkundgebung

hältnisse die Verwirklichung gleicher Zukunftschancen für die jungen Menschen in ganz Deutschland. Die Modernisierung der Hochschulen, die Ausstattung von „Gründungsprofessuren“ für vormals belastete Fächer auf West-Niveau, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie ein Wohnheimbau- und Sanierungsprogramm für die östlichen Bundesländer sind dazu wichtige Voraussetzungen.

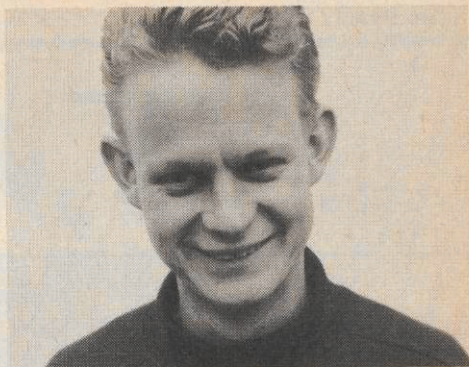
Zahlreiche Grußworte zur RCDS-Bundesversammlung gedachten der 40jährigen Verbandsgeschichte des RCDS und seines Engagements in den neuen Bundesländern. Mit großem Beifall wurde das Grußwort des Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, aufgenommen, in welchem er den Delegierten des RCDS zurief: „Bei der Gestaltung einer zukunftsweisenden Hochschulpolitik für das vereinte Deutschland ist der Beitrag des RCDS unverzichtbar.“

Der RCDS hat Flagge gezeigt

Kohl weiter: „Mit seinem Aufruf und der Kampagne ‚Ja zum Frieden! Ja zur UNO!‘ hat der RCDS erneut Flagge gezeigt und deutlich gemacht, daß Frieden nur in Freiheit und auf dem Boden von Recht und Gerechtigkeit gedeiht. Lassen Sie es auch künftig nicht zu, daß an den Hochschulen in Deutschland Friedenssehnsucht und Ängste mißbraucht werden. Engagieren Sie sich für eine offene und solidarische Gesellschaft aller Deutschen.“

Sie können sich dabei auch weiterhin auf meine persönliche Unterstützung und die Solidarität der Christlich Demokratischen Union Deutschlands verlassen.“

Vor den Delegierten und Gästen, die mit der Dresdner Konferenz zugleich das 40jährige Bestehen des RCDS feierten, appellierte Bundesumweltminister Klaus



Christian Schneller, neuer Bundesvorsitzender der RCDS: Gleiche Zukunftschancen für die jungen Menschen in ganz Deutschland!

Töpfer an die Westdeutschen, neben dem notwendigen finanziellen Beitrag zur Deutschen Einheit auch Erfahrungen mit den Bürgern der Ex-DDR zu teilen. Töpfer verlangte von den Deutschen im Westen mehr Bescheidenheit.

Es bestürze ihn und mache ihn krank, wenn er sehe, wie die Menschen aus den alten Bundesländern ihr Weltbild im Osten vermitteln wollten. Teilung durch Teilen zu überwinden, bedeute nicht nur das Überreichen von „dicken Schecks“, sondern vor allem das Gespräch miteinander.

Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Kurt Biedenkopf, sprach von der Notwendigkeit einer „organisierten Durchdringung“ der Hochschulen. Der eigentliche in 40 Jahren SED-Herrschaft angerichtete Schaden sei die „Zerstörung der Eliten“: Der Staat habe überall dort „erbarmungslos zugegriffen, wo sich frisches Denken entwickelte“.

In Zusammenhang damit appellierte der neue RCDS-Bundesvorsitzende Christian Schneller an die Studenten in Westdeutschland, Studiererfahrung im Osten zu sammeln und das Zusammenwachsen Deutschlands als ganz persönliche Herausforderung und Chance zu begreifen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

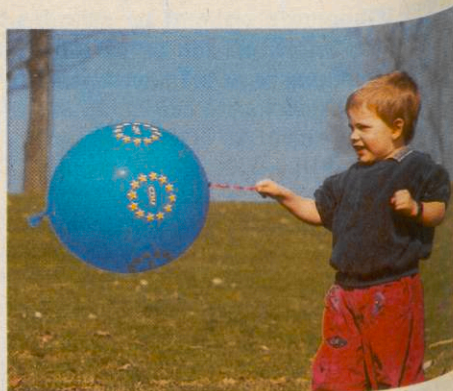
Neu im Angebot

Der aufblasbare Punch-Ball

Der aufblasbare Punch-Ball hat im Ausland bereits Erfolge, die an das immer wieder auflebende JOJO-Fieber erinnern.

Die Einsatzmöglichkeiten sind jedoch noch vielseitiger, z. B. als Trimm-Gerät oder für Dauer-Punch-Wettbewerbe.

Und so funktioniert die Sache: Einfach einen oder zwei Finger durch die Gummischlaufe stecken und dann mit der geballten Faust den Ball immer wieder wegschlagen, bis einem die Luft ausgeht oder man keine Lust mehr hat.



Bestell-Nr.: 9387

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Einheit: 14, — DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl.
MwSt.

Bestellungen an:

IS Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Vermold

UID

11/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.